

Antrag

der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Insa Tietjen, Dr. Carola Ensslen, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Mehmet Yildiz (DIE LINKE) und Fraktion

Betr.: Schule nach der Pandemie: das „un-normale“ kommende Schuljahr unter breiter Beteiligung planen!

Nicht, dass das Schuljahr 2019/2020 ein „normales“ Schuljahr gewesen sei. Doch das jetzt endende Schuljahr 2020/2021 ist sicherlich außergewöhnlich. Der monatelange Ausfall von Schule wird, das sieht selbst die Schulbehörde so, die das Bildungschaos zu verantworten hat, „tiefe Spuren“ in den Biografien der Kinder und Jugendlichen hinterlassen. Der Fokus auf Lernrückstände, den die Schulbehörde in ihrer Praxis legt, ist extrem einseitig und vernachlässigt dabei die Komplexität der vielfachen Probleme, unter denen die Kinder und Jugendlichen leiden und die sie auf ihrem Lebensweg zum Teil schwer beeinträchtigen. Letzteres, die psychische Belastung führt der Schulsenator im Mund, mehr noch, er spricht von „unkonventionellen Wegen“, die beschritten werden müssten. Dass ein entsprechender Weg jenseits von Deutsch, Mathe, Englisch und „Regelunterricht nach Stundentafel“ eingeschlagen wird, ist angesichts der äußerst konventionellen Wege, die die Behörde bis heute gegangen ist, zweifelhaft. Dabei müssen jetzt die Weichen gestellt werden, um im kommenden Schuljahr die Auswirkungen der Corona-Pandemie für die jungen Menschen an ihren Bedürfnissen und den sozialen Erfordernissen auszurichten.

Schon im Februar hatten wir gefordert, einen Schulrat einzuberufen, in dem Fachleute aus der Wissenschaft, die Vertreter/-innen aller Schulformen, die Kammern, Gewerkschaften, Interessenvertretungen, Mitglieder der zuständigen Behörde und der Bürgerschaft über gemeinsame Leitlinien und Stufenpläne für das laufende Schuljahr gemeinsam beraten und entscheiden sollten (Drs. 22/3008).

Die Elternkammer hat Mitte Mai mit einem ähnlichen Beschluss die Dringlichkeit einer Umgestaltung des kommenden Schuljahres betont (<https://elternkammer-hamburg.de/2021/05/12/gebt-den-kindern-die-zeit-zurueck/>). Sie erwartet eine ernsthafte Debatte über eine Verlängerung des Schuljahres um ein ganzes Jahr sowie die – absolut richtige – Aussetzung der Abschulung nach Klasse 6.

Die gravierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie, das „Herunterfallen“ von bis zu einem Viertel der Schüler/-innen aus dem Fern- oder Wechselunterricht, der keine reale Schule im positiven Sinne ersetzen kann, die unzureichend vorgehaltene digitale Ausstattung, die vielfachen psychischen Belastungen, der Verlust der Bindung zwischen Lehrkräften und Schülern/-innen, die das elementare Fundament von Bildung ist, diesen Aspekten muss das kommende Schuljahr, so es denn coronafrei ablaufen sollte, Rechnung tragen. Diese Auswirkungen wurden im letzten Jahr befürchtet und sind nun vielfach belegt.

Unterricht bloß auszuweiten auf Unterricht am Nachmittag, in den Ferien, am Samstag und das freiwillige Angebot von Klassenwiederholungen et cetera reichen nicht aus, um die fehlende Vermittlung von Lerninhalten aufzufangen – und sie reichen nicht aus, um die verloren gegangene sozial-psychologische Komponente der Schule als sozialem Lebensort wiederherzustellen.

Es muss deutlich mehr geschehen. Zudem: Sollten Maßnahmen zur Pandemieeindämmung wieder nötig werden, müssen im Vorfeld nachvollziehbare Schritte geplant, bekannt und umsetzbar sein. Die Simulation von Unterricht, wie er bisher stattfindet, kann keinen Ersatz bieten.

Im Kern lassen die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Schüler/-innen nur folgende Schlüsse zu:

- den Druck herauszunehmen,
- die sozialen und emotionalen Belange zu fokussieren,
- Unterricht an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen zu orientieren,
- die Bindung zwischen den Schülern/-innen und zwischen Schülern/-innen und Pädagogen/-innen zu stärken.

Eckpunkte eines veränderten Schuljahres, das den Ausfällen und den Belastungen gerecht wird, bilden die folgenden Petita.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Einsetzung eines Bildungsrates „Post-Corona-Schuljahr“, bestehend aus Wissenschaft, Vertretern/-innen aller Schulformen, den Kammern, den Gewerkschaften, der zuständigen Behörde, der Sozialbehörde, GBS-Trägern und der Bürgerschaft, binnen zwei Wochen in die Wege zu leiten, damit diese gemeinsame Leitlinien und Stufenpläne für das kommende Schuljahr entwickelt. Dabei folgende Aspekte fachlich zu prüfen und gegebenenfalls zu operationalisieren:
 - a. Die Abschulung nach Klasse 6 vom Gymnasium auf die Stadtteilschule sofort auszusetzen;
 - b. Den Unterricht im kommenden Schuljahr wesentlich um die motorischen und psychosozialen Aspekte des Schulalltags, der im bisherigen coronakonformen Unterricht nahezu unbeachtet geblieben ist, zu ergänzen – das heißt Sportangebote, Exkursionen, praktische Versuche und kulturelle Angebote in den Fokus zu stellen (und entsprechende Mittel dafür bereitzustellen);
 - c. Das neue Schuljahr beginnen zu lassen mit Klassenfahrten, Unternehmungen und projektorientierten Lernangeboten;
 - d. Außerschulische Lernorte verstärkt zu nutzen, um die Gruppen- und Wirklichkeitserfahrung der jungen Menschen und ihr Gemeinschaftsgefühl zu stärken;
 - e. Um dafür Zeit zu gewinnen mindestens im ersten Halbjahr des neuen Schuljahres auf Prüfungen, Klausuren, Noten und das Halbjahreszeugnis zu verzichten;
 - f. Sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien in der Bewältigung ihres Alltags sowie der Auswirkungen der Schulschließungen die gewünschte Begleitung und Unterstützung erhalten;
 - g. Die Maßnahmen auf den Boden der UN-Konventionen über die Rechte des Kindes und die Rechte von behinderten Menschen zu stellen;
 - h. Der Bürgerschaft bis zum 18.08.2021 zu berichten.